

Tomasz Chrzanowski, Preußen in der politischen Sichtweise der Polen in den Jahren 1795-1815

Der Verfasser der vorliegenden Ausarbeitung setzt sich zum Ziel, die Wahrnehmung des preußischen Staates in den Augen politischer Elite Polens in den ersten 20 Jahren nach der endgültigen Teilung des Polnischen Königreiches, sowie auch Faktoren, die die Beziehungen der Polen zum Berliner Hof bestimmten, darzustellen. Das Bild Preußens im polnischen politischen Gedanken der Jahre 1795-1815 wurde durch eine sehr dynamische politische Situation in Europa und in den polnischen Ländern mitgestaltet. Die Einstellung zu Preußen, sowie auch zu anderen Teilungsmächten, wurde vorwiegend durch verschiedene Haltungen impliziert, die die konkreten politischen Kreise des geteilten Polens repräsentierten. Nach den Teilungen Polens entwickelten sich nämlich zwei Gegeneinstellungen in der polnischen Bevölkerung, und zwar einerseits eine "loyalistische" und andererseits eine "kriegerische" Haltung den Teilungsmächten gegenüber. Ob zeitweise die eine oder die andere Einstellung dominierte, hing vor allem von der aktuellen politischen Lage in Europa – genauer gesagt, von der auswärtigen Politik Frankreichs ab – während die Beziehungen Frankreichs zu den Teilungsmächten einem ständigen Wandel unterworfen waren.

Und so mussten anfänglich polnische politische Aktivisten im französischen Exil den Nutzen zeigen, den Polen eventuell aus einer Allianz zwischen Frankreich und Preußen haben könnte. Daher ist in den damaligen Schriften Józef Wybickis bei seiner Bewertung der polnisch-preußischen Beziehungen eine diplomatische Amnesie sichtbar. Dagegen war für den jakobinischen Verein der Polnischen Republikaner aus ideologischen und nicht nur aus historischen Gründen jegliche Zusammenarbeit mit preußischer Besatzungsmacht undenkbar.

Mit Laufe der Zeit gerieten jedoch Parole über den Waffenkampf gegen Teilungsmächte allmählich in Vergessenheit. Nach 1800 änderten sogar die erbittertsten Gegner Preußens ihre bisherige negative politische Einstellung, zum Beispiel Józef Kalasanty Szaniawski. Es scheint aber, dass später die Bedrohung seitens Preußens wieder als immer stärker empfunden wurde. Nach Jahren der Verzweiflung und Ratlosigkeit kam es zum Kampf um die Rettung polnischer Sprache und polnischen Kulturerbes. Seit der ersten Teilung im Jahre 1772 sorgten polnische Führungsschichten für Erhaltung der polnischen Wissenschaft und Kultur – so zum Beispiel der Warschauer Verein der Wissenschaftsfreunde. Gleich nach der dritten und letzten Teilung kam es zwischen polnischen und preußischen Wissenschaftlern zu zahlreichen Polemiken im Thema der kulturellen Errungenschaften beider Nationen. Polnische Aktivisten reagierten auch hart auf die germanisierende Bildungspolitik der preußischen Teilungsmacht. Es ist zu betonen, dass eine wichtige Stütze für polnische Initiativen die frühere Bildungsreform unterm letzten König, Stanisław August Poniatowski, darstellte. Als eine Bedrohung für polnische Nationalidentität wurde der Drang polnischer Jugendlichen zum Studieren an deutschen Universitäten angesehen. Man muss

auch zugeben, dass es unter Polen kein Verständnis für ein fremdes Rechtssystem Preußens gegeben hat, da das brutal aufgelöste Staatswesen der Adelsrepublik Polen auf komplett anderen Rechtsprinzipien beruhte.

Die Wahrnehmung Preußens und die Äußerungen der Polen über diese Macht änderte der Feldzug Napoleons im Jahre 1806, der zum Niedergang des Deutschen Reiches und zur Gründung, nach Abkommen in Tilsit, des Warschauer Herzogtums führte. Seit Ende 1806 traten polnische Führungsschichten mit entschiedener Kritik gegen preußische Politik im Bezug auf ehemalige Adelsrepublik und Polen in der Zeit nach den Teilungen auf. Die Einstellung zum preußischen Staat und seinem Staatsmodell wurde auch zum Thema bei der Festlegung der Staatsform des neu gegründeten Warschauer Herzogtums. Eine Option setzte die Rückkehr zur Verfassung vom 3. Mai voraus. Die zweite Option, vertreten vor allem durch ehemalige Jakobinerkreise und den Verein der Polnischen Republikaner, wollte als Modell die preußische Staatsform wählen. Diese Führungsschichten, die bis jetzt vorwiegend unter preußischer Herrschaft lebten, sahen die Notwendigkeit, ein modernes Zivil- und Strafgesetzbuch nach Beispiel Preußens einzuführen, sowie auch das preußische Modell als Muster eines starken, modernen Staates ohne Abschweifungen des Feudalismus zu übernehmen.

Die Niederlage der *Grande Armée* in Russland führte auch zur dramatischen Änderung der politischen Lage in Polen. In neuer Situation wurde der Zar Alexander I. zur letzten Chance für die Rettung eines beschränkten polnischen Staatwesens erklärt. In der Erwartung auf neue politische Ordnung in Europa wurden die bisherigen Schikanierungen der Polen seitens der Teilungsmächten verharmlost. Das Jahr 1815 bildet eine Zäsur in der Wahrnehmung des preußischen Staates in der polnischen politischen Sichtweise der ersten 20 Jahren nach der Teilung Polens. Im hier analysierten Zeitraum dominierte die negative Einstellung Preußen gegenüber. Gleichzeitig aber versuchten polnische Führungsschichten, ihre Einstellung je nach der politischen Lage "flexibel" zu korrigieren und eine in der jeweiligen Situation entsprechende politische Argumentation zu finden.

Marcin Przegiętka,, Der Wettstreit im Grenzland. Ostpreußen und seine polnischen Nachbarkreise der Wojewodschaften Białystok und Warschau in der 2. Hälfte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts

Der vorliegende Artikel stellt einen Versuch dar, das Problem der deutsch-polnischen Grenze im Bereich Ostpreußen aus einer anderen Perspektive zu analysieren, als das bis jetzt der Fall war. Der Verfasser beschäftigt sich nicht mit der Thematik der Zwischenfälle im Grenzgebiet, sondern mit dem Thema eines interessanten wirtschaftlichen Wettstreits in der 2. Hälfte der 30er Jahre zwischen Deutschland und Polen, der seinen Ausdruck in den vielen Bauinvestitionen in der Grenzzone fand. Die deutsche Verwaltung ergriff mehrere Initiativen in diesem Bereich, u.a.

Straßenbau, öffentliche Bauten, planmäßige Bebauung von Städten und Dörfern, was im Endergebnis zur Vertiefung bestehender Diskrepanz in der Landschaftsarchitektur und wirtschaftlicher Lage zwischen deutschem Südostpreußen und den nördlichen Kreisen der polnischen Wojewodschaften Warschau und Białystok führte. Polnische Diplomaten im Ostpreußen (u.a. M. Rogalski, Konsul in Lyck, und J. Warchałowski, Generalkonsul in Königsberg) machten die polnische Öffentlichkeit darauf aufmerksam. In Polen begann eine öffentliche Diskussion zum Thema Grenzland, wobei hier auch die bekannte Reportagensammlung von M. Wańkiewicz („Na tropach Smętka, 1936) eine wichtige Rolle spielte. Konsularberichte und die Zunahme des Interesses am deutsch-polnischen Grenzland in Ostpreußen führten dazu, dass das polnische Auswärtige Amt einige Maßnahmen ergriff, um das negative Bild Polens in den Augen der masurischen Bevölkerung zu verbessern. Auch andere polnischen Ministerien führten einige Investitionen im Grenzgebiet durch, was wiederum zur Folge hatte, dass die deutsche Seite ihre Arbeit intensiverte. Im Grenzland begann der deutsch-polnische Wettstreit.

Jan Chłosta, Der Sprachwissenschaftler Kazimierz Nitsch und seine Beziehungen zu Ermland und Masuren

Kazimierz Nitsch (1874-1958), Gründer der polnischen Dialektologie, weilte insgesamt dreimal in Ermland und Masuren, um hier lokale Mundarten zu untersuchen: zuerst von 15. Juni bis 5. Juli 1906, dann im Januar 1932 und letztendlich von 8. bis 10. September 1956. Bei seinem ersten Aufenthalt bereitete er zum Druck eine breitere Ausarbeitung vor, die zum Thema die Gesamtheit polnischer Mundarten haben sollte, sowie schrieb auch einen Artikel über polnische Dialekte für das „Lexikon der slawischen Philologie“ nieder. Als erster Sprachwissenschaftler überhaupt erkannte Nitsch die masurische und ermländische Mundart für polnische Dialekte an, die aus der Kulmer und der masovischen Mundart resultieren sollten. Diese These war oppositionell zu Thesen einiger deutscher Forscher, die die Dialekte Ermlands und Masurens als eine primitive Mundart irgendeines „Mischvolkes“ missachteten. Kazimierz Nitsch bekam immer bei seiner Forschung eine große Hilfe von autochthonen Ermländern und Masuren, wie z.B. von Pfarrer W. Barczewski, Schriftstellerin Maria Zientara-Malewska, Redakteur Stanisław Zieliński, und das sowohl bei der Kontaktaufnahme zur lokalen Bevölkerung, als auch bei der Aufzeichnung von der lokalen Mundart. Darüber hinaus befand sich Nitsch im ständigen Briefwechsel mit Verleger und Redakteur Eugeniusz Buchholz. Kazimierz Nitsch war auch ein Berater der polnischen Delegation zur Friedenskonferenz in Paris und ein Mitverfasser des Projektes für Volksabstimmungen von 1920 im südlichen Teil Ostpreußens. Nicht zuletzt unterstützte Nitsch den Ermländer Augustyn Steffen bei seinen zahlreichen Ausarbeitungen über die Volkskultur seiner Heimat.

Agnieszka Obrębska, “Säuberung“ der Buchbestände in den Bibliotheken der Wojewodschaft Olsztyn (Allenstein) nach 1949

Eine Bibliothek soll als Dienst Einrichtung bei der Popularisierung des menschlichen Gedankengutes und bei der Entwicklung der Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Bildung von Nutzen sein. Als eine Sammlung von Errungenschaften mehrerer Generationen bildet sie ein unschätzbare Erbe der Menschheit. Zu den elementaren Funktionen einer Bibliothek gehören: Aufbewahren und Sichern der Buchbestände, Information für die Leserschaft und Ermöglichen vom Zugang zu den Buchbeständen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden in nun kommunistischen eh. Ostpreußen all diese Grundfunktionen von Bibliotheken wesentlich beschränkt.

Am 16. Juli 1949 begann in der Wojewodschaft Olsztyn (Allenstein) die “Säuberungsaktion“ der bestehenden Buchbestände. An diesem Tage bekam das Kuratorium des Schulkreises Olsztyn das Rundschreiben des Warschauer Bildungsministeriums, welches ein Verzeichnis von 518 Buchtiteln beinhaltete, die ab sofort aus allen öffentlichen und schulischen Bibliotheken zu entfernen waren.

Nach einer Kontrolle in den Buchbeständen der Wojewodschaft Olsztyn wurden aus den Bibliotheken nun 224 Buchexemplare entfernt. Die durchgeführte “Säuberungsaktion“ brachte dadurch nicht unbedingt die von der kommunistischen Macht erwarteten Ergebnisse. Ursachen dafür suchte man in den unvollständigen und inkompetent erstellten Buchverzeichnissen oder gar im Mangel von denselben. Eine im Artikel dargestellte Analyse dieser Aktion zeigt jedoch das Ausmaß von Schäden, die im polnischen Schrifttum die kommunistische Zensur angerichtet hätte.